

**CONV 304/02****WG IV 14****VERMERK**

---

des	Sekretariats
für	die Gruppe IV "Einzelstaatliche Parlamente"
<u>Betr.:</u>	Kurzniederschrift über die Sitzung vom 26. September 2002

---

1. Die Gruppe beriet erneut über die Frage, wie die Netze und Mechanismen, mit denen Kontakte zwischen den Mitgliedern der einzelstaatlichen Parlamente und des Europäischen Parlaments ermöglicht werden, gegebenenfalls aussehen und welche Aufgaben sie wahrnehmen könnten (siehe auch Kurzniederschrift über die Sitzung vom 19. September 2002, Dok. CONV 290/02). Die Gruppe hatte zudem einen kurzen Gedankenaustausch über eine Reihe von Fragen, deren Prüfung ihr andere Gruppen empfohlen hatten.

**Multilaterale Mechanismen auf europäischer Ebene für die Einbindung der einzelstaatlichen Parlamente und des Europäischen Parlaments**

2. Während der Aussprache über multilaterale Mechanismen auf europäischer Ebene für die Einbindung der einzelstaatlichen Parlamente und des Europäischen Parlaments unterstrichen die Mitglieder der Gruppe, dass diese Frage unter dem Blickwinkel behandelt werden müsse, was mit den Mechanismen bezweckt werde und wie sie funktionieren sollten. Die Mitglieder sprachen sich gegen die Schaffung neuer institutioneller Strukturen aus.

3. Die Mitglieder waren sich zudem darin einig, dass es nützlich sein könnte, wenn es Mechanismen sowohl für die Kontakte der einzelstaatlichen Parlamente untereinander als auch für Kontakte zwischen diesen und dem Europäischen Parlament gäbe. Einige Mitglieder unterstrichen darüber hinaus, dass es wohlgemerkt nicht um einen "Wettbewerb" zwischen den einzelstaatlichen Parlamenten und dem Europäischen Parlament gehe, die unterschiedliche Aufgaben hätten, sondern darum, wie die einzelstaatlichen Parlamente (durch einen intensiveren Austausch untereinander und mit dem Europäischen Parlament) im Interesse einer stärkeren demokratischen Verankerung der EU in den Mitgliedstaaten besser in die Europapolitik einbezogen werden könnten. Auch müssten die Mitglieder des Europäischen Parlaments stärker auf einzelstaatlicher Ebene einbezogen werden.
4. Mehrere Mitglieder hoben hervor, dass zwischen den einzelstaatlichen Parlamenten Netze für den Austausch bewährter Praktiken und anderer sachdienlicher Informationen eingerichtet werden müssten. Die Mitglieder waren sich darin einig, dass die COSAC reformiert und effizienter gestaltet werden müsse. Mehrere Mitglieder schlugen vor, dass im Zuge der Reform der COSAC nicht nur die Aufgabe übertragen werden sollte, den Austausch von bewährten Praktiken und Informationen zu fördern, sondern dass auch die Kontakte zwischen den ständigen Ausschüssen weiter ausgebaut werden sollten; im Übrigen sollte sich die Arbeit der COSAC auf bestimmte Bereiche konzentrieren. Zudem wurde vorgeschlagen, dass im Rahmen der COSAC die Überwachung der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips generell erörtert werden könnte, während die unmittelbare Einbeziehung der einzelstaatlichen Parlamente über die von ihnen ausgeübte Kontrolle der Regierungen und den von der Gruppe I vorgeschlagenen neuen Frühwarnmechanismus erfolgen sollte. Die EU-Organe sollten verpflichtet sein, auf Beiträge der COSAC zu reagieren. Nach Einschätzung der Mitglieder dürfte es Rückwirkungen auf die Rolle der COSAC haben, wenn ein Kongress eingerichtet würde. Einige Mitglieder regten an, die COSAC lediglich als Mechanismus für Kontakte zwischen den einzelstaatlichen Parlamenten zu nutzen. Ein Mitglied schlug vor, die COSAC in einen ständigen Ausschuss im Rahmen eines Kongresses umzuwandeln.

5. Die Gruppe erörterte ferner, welche Rolle ein Kongress, der sich aus Abgeordneten der einzelstaatlichen Parlamente und des Europäischen Parlaments zusammensetzen würde, gegebenenfalls spielen könnte. Mehrere Mitglieder erklärten, sie seien der Idee eines Kongresses nicht abgeneigt, doch hänge ihre Zustimmung davon ab, welche Funktionen dieser Kongress hätte. Auch wurde betont, dass den Bürgern verständlich erklärt werden müsse, was mit dem Kongress bezweckt wird und welche Aufgaben er hat. Einige andere Mitglieder äußerten die Befürchtung, dass die europäischen Strukturen durch neue Mechanismen noch komplexer würden, und ein Mitglied sprach sich gegen den vorgeschlagenen Kongress aus.
6. Die Mitglieder, die sich für den vorgeschlagenen Kongress ausgesprochen hatten, meinten, dass dieser an der Konzipierung der politischen Agenda/Strategie der EU mitwirken könnte, indem er die einzelstaatlichen Parlamente gemeinsam mit dem EP in die europäische Debatte einbeziehe. Es wurde betont, dass der Kongress ein Forum, ein Mechanismus sein sollte und kein Organ. Mehrere Mitglieder schlugen vor, dass der Kongress über das (künftige) mehrjährige Strategieprogramm und/oder das Jahresprogramm des Rates informiert werden und die Gelegenheit erhalten könnte, darüber eine Aussprache zu führen. Ferner wurde vorgeschlagen, dem Kongress einen Zwischenbericht vorzulegen, so dass er die Umsetzung der Absichtserklärungen überwachen könne (für den Fall, dass der Kongress einmal im Jahr einberufen würde). Ferner wurde vorgeschlagen, dem Kongress einen Bericht über die Lage der Union vorzulegen und/oder ihn Ernennungen auf hoher Ebene bestätigen zu lassen. Die Gruppe unterstrich, dass ein Kongress keine legislativen Aufgaben erhalten sollte und der Mechanismus das Rechtsetzungsverfahren weder blockieren noch behindern und die Gemeinschaftsmethode nicht schwächen dürfe. Ein Mitglied schlug vor, dass ein Kongress mit bestimmten künftigen Vertragsänderungen befasst werden könnte, bei denen nach den geltenden Verfahren keine Ratifizierung durch die Mitgliedstaaten erforderlich sei. Zu der Frage, wie oft ein Kongress einberufen werden sollte, wurden sehr unterschiedliche Vorschläge gemacht: Während einige eine Tagung ein- oder zweimal im Jahr befürworteten, meinten andere, der Kongress solle nur alle fünf Jahre zusammentreten.
7. Zur Sprache kam außerdem der Vorschlag, dass die einzelstaatlichen Parlamente über das jährliche Rechtsetzungsprogramm der Kommission informiert werden sollten. (N.B: Dies wurde bereits in früheren Sitzungen der Gruppe angeregt, und zwar im Zusammenhang mit der Empfehlung, die einzelstaatlichen Parlamente in einem frühen Stadium in die Überwachung der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips einzubinden.)

8. Die Gruppe begrüßte den in der vorangegangenen Sitzung vorgebrachten Vorschlag, Konferenzen der Parlamente auf Ad-hoc-Basis einzuberufen, die sich mit schwierigen politischen Themen befassen könnten. (Anm.: Als Beispiele waren in der vorhergehenden Sitzung die GAP-Reform und das System der Eigenmittel genannt worden.)

### **Von anderen Gruppen unterbreitete Fragen**

9. Der Gruppe war von einer anderen Gruppe empfohlen worden, die Inanspruchnahme von Artikel 308 EGV zu prüfen und zu erörtern, ob den einzelstaatlichen Parlamenten diesbezüglich besondere/zusätzliche Aufgaben übertragen werden sollten. Herr Van Nuffel von der Europäischen Kommission erläuterte den Sachstand in Bezug auf Artikel 308, wobei er hervorhob, dass der Artikel so formuliert sei, dass er Maßnahmen in Bereichen gestatte, für die der Vertrag keine angemessene Rechtsgrundlage biete. Es wurde eine Liste der Rechtsakte verteilt, die seit Inkrafttreten des Vertrags von Amsterdam angenommen worden sind. Auf den Artikel sei in erster Linie in drei Bereichen zurückgegriffen worden: für die Errichtung von Agenturen, für den Energiesektor und für die wirtschaftliche, die finanzielle und die technische Zusammenarbeit mit bestimmten Drittstaaten. (Mit dem Vertrag von Nizza wurde der dritte dieser Bereiche - nicht jedoch die beiden ersten Bereiche - in den Vertrag aufgenommen.)
10. Während der anschließenden Aussprache unterstrichen die Mitglieder, dass an dem Artikel im Interesse der Flexibilität festgehalten werden müsse. Einige Mitglieder schlugen vor, dass Vorschläge auf der Grundlage von Artikel 308 dem Verfahren der Mitentscheidung unterworfen werden sollten; andere waren dagegen. Zwar wurde festgestellt, dass den einzelstaatlichen Parlamenten bei Maßnahmen auf der Grundlage von Artikel 308 dieselbe Rolle zufalle wie bei allen anderen Legislativvorschlägen, d.h. dass sie in erster Linie eine echte parlamentarische Kontrolle gegenüber ihren Regierungen auszuüben hätten, doch sei es wichtig, dass eindeutig angegeben werde, wenn sich Vorschläge auf Artikel 308 stützten; einige Mitglieder regten zudem an, dass die Kommission die Gründe hierfür nennen sollte. Da nur wenig Zeit für die Aussprache zur Verfügung stand, bat die Vorsitzende die Mitglieder, sich hierzu schriftlich zu äußern.

11. Herr Hänsch hatte die Vorsitzende in einem Brief auf Fragen hingewiesen, die in der Gruppe VI erörtert werden und die auch für die Gruppe VI von Belang sein dürften (Einbindung der einzelstaatlichen Parlamente bei der Abstimmung der Wirtschaftspolitik, siehe E-mail mit Abschrift des Schreibens). Da die Zeit in der Sitzung für eine Aussprache nicht mehr ausreichte, bat der Vorsitzende die Mitglieder um schriftliche Stellungnahme.

### **Mündliche Ausführungen der Vorsitzenden auf der Plenartagung des Konvents**

12. Die Vorsitzende teilte der Gruppe mit, dass sie auf der Plenartagung am 3./4. Oktober mündlich über den Stand der Arbeiten in der Gruppe berichten werde. Dabei werde sie die Beratungen der Gruppe, wie sie den Kurzniederschriften der Sitzungen zu entnehmen seien, wiedergeben.

### **Nächste Sitzung**

13. Die nächste Sitzung findet am 10. Oktober 2002 von 14.30 bis 18.00 Uhr statt. In dieser Sitzung soll ein erster Entwurf des Abschlussberichts (wird vor der Sitzung verteilt) erörtert werden.

---